

CDU äußert tiefe Zweifel an Gutachten

KULTURETAT Fraktion übt scharfe Kritik an Untersuchung der Unternehmensberatung

VON BERT-CHRISTOPH GERHARDS

Die CDU-Stadtratsfraktion hat ihre Hausaufgaben gemacht und das Gutachten, das die Unternehmensberatung KPMG im Auftrag der Gemeindeprüfungsanstalt über die städtischen Kultureinrichtungen gefertigt hat, gründlich studiert. Ihr Fazit: „In der Gesamtschau fällt auf, dass handwerkliche Fehler, falsche oder zumindest fragwürdige Annahmen und vor allem teils sehr »mutige«, nicht belegte Schlussfolgerungen das Vertrauen in die Solidität und Qualität dieses Gutachtens nicht stärken.“ Diese kritische Wertung, ergänzt um einige Nachfragen, hat Fraktionschef Thomas Eimermacher gestern Oberbürgermeister Uwe Richrath zukommen lassen.

Vor allem was die wirtschaftliche und fachliche Beurteilung von Museum Morsbroich angeht, kommen die Christdemokraten zu anderen Wertungen als die international tätige Beratungsfirma. Sie berufen sich dabei auch auf aktuelle Besucherzahlen im Jahr 2015, die in das KPMG-Gutachten noch nicht eingeflossen sind. So kamen voriges Jahr insgesamt 16 500 Besucher ins Museum, darunter 6300 zahlende Gäste und etwa 1700 Schüler. Im laufenden Jahr würden 20 000 Besucher angestrebt, wobei das Museum angesichts von Gebäudegröße und Ausstellungsfläche maximal 25 000 Besucher im Jahr verkraftet.

Wenn man dann die tatsächlichen 255 Öffnungstage anstelle der von den Gutachtern unterstellten 312 Tagen zugrunde lege, erhöhe sich der Anteil zahlender Besucher pro Tag von 19 auf 25. Und wenn nicht allein die zahlenden, sondern alle Besucher in die Berechnung des Zuschussbedarfs pro Besucher eingeflossen wäre, hätte dieser sich für 2014 nicht bei 181, sondern bei 79 Euro befunden, so die CDU in ihrer Alternativ-Berechnung.

Beim Instandhaltungsbedarf habe die KPMG für die Jahre 2015 bis 2019 eine Summe von 95 795 Euro genannt, laut Stadt betrage der Bedarf in diesem Zeitraum 622 000 Euro. Dafür aber seien die Spenden und Sponsorengelder von jährlich 250 000 bis 500 000 Euro verschwiegen worden sowie die geldwerten Leistungen der ehrenamtlichen Mitarbeiter.

Als „vermessen seitens der KPMG“ bezeichnet die CDU den Hinweis, dass Museum Morsbroich angesichts der dichten Kulturlandschaft in der Nachbarschaft entbehrlich sei. Leverkusen verfü-

ge nur über ein Museum von überregionalem Rang. Gerade die Auszeichnung als „Museum des Jahres“ belege, dass sich die Einrichtung auch in einer Konkurrenzsituation sehr gut behaupten könne. Im übrigen habe die Handlungsempfehlung einer Schließung des Museums „ein gewisses Geschmäckle“ vor dem Hintergrund, dass die KPMG in Düsseldorf Kultursponsoring in Zusammenarbeit mit der Kunstsammlung NRW betreibt und monatlich Veranstaltungen bei freiem Eintritt präsentiere.

Erhebliche Widersprüche hat die CDU in den Aussagen der Gutachter zu den Depoträumen entdeckt. Zum einen würden Depot- und Ausstellungsräume durcheinan-

„Handwerkliche Fehler, falsche oder zumindest fragwürdige Annahmen und sehr mutige, nicht belegte Schlussfolgerungen

Thomas Eimermacher, Vorsitzender der CDU-Ratsfraktion

dergeworfen, zum anderen den Hauptdepots einmal „suboptimale Bedingungen“ bescheinigt, ein andermal heißt es, die Kellerräume würden „natürlich gekühlt und gleichmäßig temperiert“. Ein Einsparpotenzial von angeblich 800 000 Euro beim Museum hält die CDU für „deutlich zu hoch und nicht nachvollziehbar“.

Ähnliches gelte für die Musikschule, deren Kostendeckungsgrad von 48 Prozent (im Jahr 2013) die Vorgaben des Rates deutlich übererfülle. Dort seien bereits in der Vergangenheit erhebliche Einsparungen erfolgt. Dass 44 Schüler auf einen Lehrer kommen, der wiederum gut 15 Jahreswochenstunden gebe, sei ein ausgezeichnete Wert. Eine stärkere Beschäftigung von Honorarkräften werfe die Frage der Qualität auf und damit mittelfristig auch die der Schülerfrequenz und der Kosten. Grundsätzlich sei zu diskutieren, „ob ein öffentlicher Arbeitgeber überhaupt solchen grundsätzlich prekären Arbeitsverhältnissen Vorschub leisten solle“.

Schließlich der Zuschuss zu den Jazztagen: Der komme nicht aus dem Stadtetat, sondern in Form von Sponsoring von der Wohnungsgesellschaft Leverkusen (WGL) – für die Stadt gäbe es also nichts zu streichen und nichts zu sparen. Kommentar der CDU auch bei diesem Punkt: „Wir bitten dringend um Erläuterung und Klarstellung.“